

FRAKTIONSINFO

SPD IN DER BVV PANKOW

Inhalt

SPD-Fraktion stellt Bilanz vor	Seite 1
BVV-Sitzung: Anträge der SPD-Fraktion	Seite 1
Arbeitsgruppe zum Bürgerhaushalt	Seite 3
Pressemitteilungen:	
Milieuschutzgebiet Humannplatz wird sozial saniert und modernisiert (9.12.2009)	Seite 3
Mehr Parkplätze in Prenzlauer Berg (9.12.2009)	Seite 4
Stadtbad Oderberger Straße endlich sanieren (9.12.2009)	Seite 4

Klausur der SPD NordOst

SPD-Fraktion stellt Bilanz vor

Der Vorstand der SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow hat eine Bilanz der bisherigen Arbeit im Bezirksparlament zusammengestellt und diese bei der Klausur der SPD NordOst Mitte Januar präsentiert. Die SPD-Fraktionsvorsitzende Sabine Röhrbein, die beiden stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Roland Schröder und Rona Tietje sowie Fraktionsgeschäftsführer Ronald Rüdiger stellen die Bilanz 2006 bis 2009 gern auch in den Abteilungen, Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreisen der SPD Berlin NordOst vor. Ebenso die insgesamt 17 SPD-Bezirksverordneten geben Auskunft über die bisherige Arbeit und diskutieren aktuelle und künftige Vorhaben mit den Genossinnen und Genossen. Für Terminvereinbarungen können die Bezirksverordneten direkt angesprochen oder ein Kontakt über das Fraktionsbüro hergestellt werden.

BVV-Sitzung am 27. Januar 2010

Anträge der SPD-Fraktion

Zur 30. Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow am 30. Januar 2010 bringt die SPD-Fraktion sechs Anträge ein: für mehr Schutz der Radfahrer in Pankow Süd (VI-0958), zur Umsetzung einer digitalen Karte für die bessere Darstellung von Eigentumsverhältnissen in Prenzlauer Berg (VI-0959), für den besseren Schutz öffentlichen Eigentums vor Graffiti (VI-0960), zum Umzug der Kulturinitiativen im Eliashof (VI-0961), gegen den Ausbau von „geschlossenen Siedlungen“ (VI-0963) sowie für die Einführung eines Monitoring im Hochbautätigkeit im Bezirk (VI-0964).

Mehr Sicherheit für den Radverkehr in Pankow Süd

Im Kiez rund um die Neumannstraße und Kissingenstraße nutzen viele Bürgerinnen und Bürger, insbesondere Kinder und Jugendliche, das Fahrrad, um schnell die umliegenden Ziele zu erreichen. Allerdings kommt es wegen des starken Autoverkehrs in diesen Straßen immer wieder zu gefährlichen Situationen – obwohl teils nur Tempo 30 gilt. Die SPD-Fraktion setzt sich mit einem Antrag dafür ein, die Sicherheit für Radfahrerinnen und Radfahrer zu verbessern. Eine Möglichkeit wäre die Einführung eines Fahrradangebotsstreifens. Durch diesen markierten

Seitenbereich am Fahrbahnrand, der Radfahrern vorbehalten ist, wären diese besser im Straßenverkehr geschützt.

Digitale Karte soll Eigentumsverhältnisse sichtbar machen

Die Eigentumsverhältnisse der Wohngebäude vor allem im Ortsteil Prenzlauer Berg haben sich in den vergangenen Jahren deutlich geändert: Große Mietwohngebäude aus der Gründerzeit sind beispielsweise in Einzelwohnungen unterteilt und zahlreiche Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt worden. Das ist die Ausgangsthese für einen Antrag, der diese möglichen Veränderungen sichtbar machen soll. Die SPD-Fraktion beantragt die Visualisierung der Eigentumsverhältnisse (Landeseigentum, landeseigene Wohnungsunternehmen, Wohnungsgenossenschaften, Einzeleigentümer etc.) in Form einer digitalen Karte. Diese könnte dann die Grundlage bilden, um politische Konsequenzen abzuleiten oder planungsrechtliche Rahmenbedingungen zu debattieren und Maßnahmen zu ergreifen. Um Entwicklungen nachzeichnen zu können, sieht der Antrag vor, die Daten alle drei Jahre fortzuschreiben. Sollte die Umsetzung erfolgreich verlaufen, kann die digitale Karte auch für andere Ortsteile umgesetzt werden.

Öffentliche Gebäude besser vor Graffiti schützen

Graffiti verschont auch die Wände öffentlicher Gebäude nicht. Die Reinigung davon ist dann teuer und aufwendig. Allerdings gibt es auch Möglichkeiten, um Wände vor der Graffitibemalung zu schützen. Die SPD-Fraktion schlägt mit ihrem Antrag vor, zu prüfen, inwiefern solche Graffitienschutzsysteme bei der Neuerrichtung sowie der Fassadensanierung öffentlicher Gebäude im Bezirk effektiv eingesetzt werden können. Dazu müssen zunächst in Frage kommende technische Möglichkeiten erfasst werden und dann jeweils eine Kosten-Nutzen-Rechnung erstellt werden.

Bezirksamt muss Ausweichstandorte für Eliashof-Initiativen vorlegen

Im Rahmen der Umwandlung des Eliashofes in eine Grundschule hat die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow am 1. April 2009 beschlossen, dass für die im Eliashof ansässigen Initiativen und den Musikschulstandort in der Pappelallee Ersatzstandorte geschaffen werden müssen. Am 15. Juli 2009 beauftragte die BVV das Bezirksamt zu prüfen, ob die Initiativen im Kulturareal am Thälmannpark untergebracht werden können. Ein Ergebnis liegt hierzu noch nicht vor. Allerdings liegt den betroffenen Initiativen – Murkelbühne, Prenzlasker, Flatback & Cry, Klangschmiede, Interkulturelle Kiezbühne Prenzlauer Berg und Initiative Bürgerstiftung Prenzlauer Berg – offenbar bereits eine Kündigung vor, ohne dass klar ist, wohin sie umziehen könnten. Deshalb setzt sich die SPD-Fraktion mit einem Antrag dafür ein, dass das Bezirksamt schnellstmöglich einen Zeit- und Maßnahmenplan für mögliche Ersatzstandorte vorlegt. Sollten keine gefunden werden, muss das Bezirksamt geeignete Vorschläge für eine Übergangslösung unterbreiten. Ergänzend zu dem Antrag soll eine Große Anfrage die näheren Umstände der Kündigung und die aktuelle Situation im Eliashof aufklären helfen.

Keine „geschlossenen Siedlungen“ in Pankow

So genannte „Gated Communities – geschlossene Siedlungen“ machen derzeit immer wieder Schlagzeilen. Es handelt sich dabei um Wohnkomplexe, die in der Regel umzäunt und von privaten Sicherheitsfirmen bewacht werden. Die SPD-Fraktion ist der Ansicht, dass solche Siedlungen städtebaulich der falsche Weg sind und nur soziale Segregation fördern und festigen. Deshalb hat die Fraktion einen Antrag verabschiedet, dass das Bezirksamt Pankow sich gegenüber dem Senat von Berlin gegen eine Ausbreitung von „Gated Communities“ aussprechen soll. Im Falle von Grundstücksverkäufen durch den Liegenschaftsfonds soll zukünftig vertraglich festgehalten werden, dass „Gated Communities“ nicht auf diesen Grundstücken gebaut werden dürfen. Mit Hilfe von städtebaulichen Instrumenten soll des Weiteren der Ausbau im Bezirk

gestoppt werden. Die SPD steht für ein offenes und soziales Miteinander, das durch solche Siedlungen nicht möglich ist.

Monitoring der Hochbautätigkeit im Bezirk

Seit dem 7. Januar 2010 erstellt das Bezirksamt keine monatlichen Baulisten mehr, die eine Übersicht über aktuelle Bauvorhaben enthalten. Diese waren aber ursprünglich mit dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung vereinbart worden. Grund für die Einstellung ist laut Bezirksamt die berlinweite Umstellung auf eine einheitliche digitale Erfassung von Bauvoranfragen, Vorbescheiden etc. Damit die BVV angesichts der gestiegenen Bautätigkeit im Bezirk weiterhin darüber angemessen informiert ist, fordert die SPD-Fraktion in ihrem Antrag, dass das Bezirksamt dem Ausschuss wie bisher wichtige Daten zur Hochbautätigkeit monatlich zur Verfügung stellt.

Initiative der SPD-Fraktion

Arbeitsgruppe zum Bürgerhaushalt

Der Finanzausschuss in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow richtet jetzt eine Arbeitsgruppe ein, die das weitere Verfahren zum Erstellen eines so genannten Bürgerhaushalts klären und dem Ausschuss für eine Entscheidungsfindung zuarbeiten soll. Die Beschäftigung mit dem Bürgerhaushalt geht auf eine Initiative der SPD-Fraktion zurück, die im Dezember 2006 einen entsprechenden Antrag (VI-0058) in die BVV eingebracht hatte. Dieser enthielt einen Prüfauftrag an das Bezirksamt, wie bei der Aufstellung künftiger Haushaltspläne die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen eines „Bürgerhaushaltes“ beteiligt werden könnten. Ferner sollte eine Fachanhörung zum Thema durchgeführt werden. Diese hat inzwischen stattgefunden, ein ausführlicher Bericht des Bezirksamtes liegt vor. In diesen sind auch Ergebnisse von Bürgerhaushalten anderer Berliner Bezirke (z.B. Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf) enthalten. Der Finanzausschuss kann sich jetzt wieder dem Thema zuwenden, da der Bezirk Pankow einen „freien“ Haushalt hat und nicht mehr der vom Senat verhängten vorläufigen Haushaltswirtschaft unterliegt. Für die SPD-Fraktion nehmen die Fraktionsvorsitzende Sabine Röhrbein und der Fraktionsgeschäftsführer Ronald Rüdiger abwechselnd an der Arbeitsgruppe teil.

Pressemitteilung vom 9. Dezember 2009

Milieuschutzgebiet Humannplatz wird sozial saniert und modernisiert

Bestandsmieter werden bei der Sanierung und Modernisierung im Milieuschutzgebiet Humannplatz jetzt noch besser geschützt. Dies wird durch einen Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow bei ihrer 29. Sitzung möglich. „Wir begrüßen grundsätzlich, dass die Wohnungseigentümer Maßnahmen ergreifen, um wieder einen angemessenen Wohnstandard zu erreichen – aber nicht auf Kosten der Mieter“, erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, Roland Schröder, zu der Problematik. Ausgangspunkt für den Beschluss waren Bauarbeiten in zwei Wohnblöcken an der Wisbyer Straße. Diese Gebäude seien zum Teil in erbärmlichem Zustand, berichtet Schröder. „Sie wurden in den 1920/30er Jahren gebaut und seitdem weder saniert noch modernisiert. In den Wohnungen leben – zum Teil seit Jahrzehnten – ältere Menschen und sozial schwache Familien.“ Die Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen dürften deshalb nicht dazu führen, dass Bestandsmieter durch unsoziale und unangemessene Mieterhöhungen verdrängt werden. „Auch nach der Modernisierung dürfen die Mieten die finanziellen Möglichkeiten der Menschen vor Ort nicht übersteigen“, betont Schröder. Preissteigerungen von 2,50 Euro pro Quadratmeter seien unakzeptabel, diese würden zu einer Mieterhöhung von im Schnitt 340 Euro auf über 580 Euro pro Monat führen.

Mit ihrem Beschluss beauftragt die BVV das Bezirksamt, einen Gebietssozialplan zu erstellen. „Durch den Gebietssozialplan sollen der Mietspiegel eingehalten und die Mieten von Hartz-IV-Empfängern auf die vom Amt übernommenen Beträge begrenzt werden“, erläutert der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende. Der Beschluss sieht vor, dass eine eigentümerunabhängige Mieterberatung mit der Erstellung des Gebietssozialplans beauftragt wird. Des Weiteren ist abzusichern, dass die Mieter während der Sanierungsarbeiten Ersatzwohnungen beziehen und nach den Arbeiten in ihre Wohnungen zurückkehren können.

Pressemitteilung vom 9. Dezember 2009 **Mehr Parkplätze in Prenzlauer Berg**

Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow hat bei ihrer 29. Sitzung die Einführung der Parkraumbewirtschaftung im südlichen Prenzlauer Berg beschlossen. „Die Parksituation in diesem Gebiet ist miserabel. Autofahrer, die vergeblich nach Parkplätzen suchen, verursachen Lärm und Abgase. Anwohner und Gewerbetreibende leiden darunter. Deshalb war es höchste Zeit zu handeln“, betont die Vorsitzende der SPD-Fraktion, Sabine Röhrbein. Ihre Fraktion begrüßt deshalb die Entscheidung der BVV, die die Wohn- und Lebensqualität in diesen Kiezen deutlich verbessern werde. Dabei gehe die SPD davon aus, dass die Parkvignetten für die Anwohner unbürokratisch und kostengünstig vergeben werden. Eine Gebühr von nicht einmal einem Euro pro Monat ist geplant. Gewerbetreibende, auswärtige Gäste oder gesundheitlich eingeschränkte Menschen sollen Ausnahmegenehmigungen erhalten.

Zum Hintergrund: Auf Antrag der SPD-Fraktion hatte das Bezirksamt Pankow 2008 eine Studie über die Parkplatzsituation im Ortsteil Prenzlauer Berg in Auftrag gegeben. Ziel war es, eine sachliche Basis für eine mögliche Neuordnung des ruhenden Verkehrs zu erhalten. Im Ergebnis stellt sich die Einführung der Parkraumbewirtschaftung als besonders geeignete und für den Bezirk kostenneutrale Maßnahme dar, die Situation insgesamt zu entspannen. Laut dem Gutachten kann der Parkdruck in den zu bildenden drei Parkzonen auf 80 bis 90 Prozent des heutigen Werts gesenkt werden. Ferner ist zu erwarten, dass die in dem Gebiet beschäftigten, langparkenden Berufspendler, die heute tagsüber noch rund 30 Prozent der Stellplätze benötigen, angesichts der Gebührenpflicht verstärkt auf den Öffentlichen Nahverkehr ausweichen. Durch die Überwachung des ruhenden Verkehrs kann das illegale Parken auf Gehwegen und in Kreuzungsbereichen deutlich eingedämmt werden.

Befürchtungen, dass die Parkraumbewirtschaftung zu Verdrängungseffekten in benachbarte Kieze führt, sind unbegründet. Die an die Parkzonen angrenzenden Gebiete sollen fortlaufend auf solche Effekte hin untersucht werden, so dass im Fall der Fälle rechtzeitig gegengesteuert werden kann. Die BVV behält sich mit ihrem Beschluss vor, jederzeit nachjustieren oder die Einführung der Parkraumbewirtschaftung auch noch abbrechen zu können, wenn zum Beispiel der fortzuschreibende Wirtschaftsplan nicht mindestens ausgeglichen ist.

Pressemitteilung vom 9. Dezember 2009 **Stadtbad Oderberger Straße endlich sanieren**

Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow hält an einer denkmalgerechten Sanierung des Stadtbad Oderberger Straße fest. Das Bad soll anschließend wieder der Öffentlichkeit mit einem Schwimm- und Badebetrieb zur Verfügung stehen. So lautet ein entsprechender Beschluss der 29. BVV-Tagung vom 9. Dezember 2009. Dazu erklärt die SPD-Fraktionsvorsitzende Sabine Röhrbein:

„Wir begrüßen ausdrücklich diesen wichtigen Beschluss, der auf einem breiten Konsens zwischen den Fraktionen beruht. Die BVV verdeutlicht damit, dass wir nicht bereit sind, das vorhandene Sanierungsziel im Gebiet um den Teutoburger Platz aufzugeben. Die Stiftung Denkmalschutz Berlin, der derzeitige Eigentümer des Stadtbad, will bis zum Jahresende ein

Finanzierungskonzept für die Sanierung und kurzfristige Revitalisierung des Badebetriebes vorlegen. Ist dies nicht der Fall, sollte ein anderer Investor gesucht werden, der tatsächlich in der Lage ist, das Stadtbad Oderberger Straße endlich zu sanieren. Dieser muss ebenfalls bereit sein, die Schwimmhalle für eine öffentliche Nutzung zu öffnen. Sollte es zu einer neuerlichen Investorensuche kommen, sind wir für ein zügiges Verfahren, in dem mögliche Synergieeffekte mit der regionalen Wirtschaft zu gewichten sind.“

Das nächste FraktionsInfo erscheint zur 31. BVV-Sitzung, die am 3. März 2010 stattfindet, und kann unter www.spd-fraktion-pankow.de herunter geladen werden.